

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 056 | 5.7.2024

## Unser Gesetzentwurf zur Verbesserung des Opferschutzes; insbes. für Frauen und verletzbare Personen

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

der Schutz der Opfer von Straftaten und besonders verletzlicher Personen ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) sowie des Lagebilds „Häusliche Gewalt“ zeigen dringenden Handlungsbedarf: Im Jahr 2023 wurden 256.276 Menschen in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt, davon sind 70,5 Prozent weiblich. Dies ist ein Anstieg um 6,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. 155 Frauen und 24 Männer sind im Jahr 2023 durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet worden.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eine Verbesserung des Opferschutzes erreichen, insbesondere für Frauen und verletzbare Personen wie Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen. Der Rechtsstaat muss entschlossen auf diese besonders verwerflichen Gewaltverbrechen reagieren.

**Die Täter müssen angemessen und hart bestraft werden.**

Wir fordern deshalb eine Erhöhung der Mindeststrafen für Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung – so weit die Körperverletzung mittels einer Waffe oder eines Messers begangen wurde – sowie bei Gruppenvergewaltigungen. Gleiches gilt bei Nachstellung („Stalking“) und Verstößen nach dem Gewaltschutzgesetz.

Wir wollen zudem das strafscharfende Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ bei Mord, gefährlicher Körperverletzung und Raub einführen. Darüber hinaus wollen wir die „elektronische Fußfessel“ bundesweit einheitlich als Maß-

nahme im Gewaltschutzgesetz verankern. So können wir Täter effektiv überwachen und Opfer besser und wirksamer schützen.

Mit unserem Gesetzentwurf setzen wir ein klares Zeichen: Der Schutz besonders verletzlicher Personen – Frauen, Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen – hat in unserem Rechtsstaat oberste Priorität.



## Aktuelle Stunde

### **„Gewalttäter aus Parallelgesellschaften: Ursachen und Konsequenzen der Tat von Bad Oeynhausen ehrlich benennen“**

Der Mord an dem 20-jährigen Philippos T. im Kurpark von Bad Oeynhausen durch einen 18-jährigen Syrer hat Deutschland erschüttert und bewegt. Die grausame und erbarmungslose Tat fügt sich ein in eine Reihe weiterer schwerer Gewaltverbrechen in den letzten Wochen und Monaten, oftmals begangen durch junge, ausländische Täter. Den Taten gemein ist der nichtige oder gar nicht vorhandene Anlass und die darauffolgende enthemmte Gewalt, sei es durch Messer und andere Waffen oder durch brutale Schläge und Fußtritte.



Die polizeiliche Kriminalstatistik weist für das Jahr 2023 insgesamt 214.099 Gewalttaten auf. Die Gewaltkriminalität befindet sich damit auf dem höchsten Stand seit 2007. Von diesen Taten wurden 42.621 (19,91%) durch Kinder und Jugendliche und 79.088 (36,94%) durch ausländische Täter verübt. Die Zahl der durch ausländische Heranwachsende (zwischen 18 und 21 Jahren) begangenen Straftaten insgesamt ist zuletzt besonders stark gestiegen, und zwar um 27,4 Prozent von 54.268 Straftaten im Jahr 2022 auf 69.111 Straftaten im Jahr 2023.

Diese Zahlen und insbesondere die dahinterstehenden Taten werfen Fragen auf – grundlegende Fragen danach, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt, wie sicher

wir im Alltag leben, wie der Staat unsere Sicherheit gewährleistet. Und auch danach, welche Auswirkungen die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration auf unser Zusammenleben hat und in der Zukunft weiter haben wird.

Der brutale Mord von Bad Oeynhausen zeigt dringenden politischen Handlungsbedarf in drei wesentlichen Bereichen auf: Beim Strafrecht, beim Einfordern von Integration und bei der Migrationspolitik insgesamt.

Erstens: Polizei und Justiz müssen alle Straftaten – insbesondere von Jugendlichen und Heranwachsenden – schnell und wirksam ahnden. Die lange Strafakte des Täters von Bad Oeynhausen und das bisherige Ausbleiben jeglicher Konsequenzen daraus zeigt symptomatisch, was bei jungen Straftätern schief läuft. Wir wollen das Strafrecht für „Heranwachsende“ zwischen 18 und 21 Jahren wieder vom Kopf auf die Füße stellen: Bei Heranwachsenden soll das Erwachsenenstrafrecht gelten – und nicht, wie bisher, praktisch immer das Jugendstrafrecht. Bereits im April – als die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik erstmals vorlagen und die deutliche Zunahme junger und ausländischer Täter auswies – haben wir Bundesinnenministerin Faeser aufgefordert, einen Bund-Länder-Aktionsplan zur Kriminalitätsbekämpfung vorzulegen. Seither ist nichts geschehen. Stattdessen übt sich die Bundesinnenministerin in diffuser Täter-Opfer-Umkehr.

Zweitens: Integration muss durch klare Regeln von jedem einzelnen Einwanderer eingefordert werden. Lehrer, Sozialarbeiter, Jugendämter sowie Polizei und Justiz brauchen dafür die eindeutige Rückendeckung der Politik. Die Bundesregierung fällt ihnen jedoch in den Rücken und hat die Anforderungen an echte Integration zuletzt abgebaut: Bei Geduldeten wurde die Wartezeit für ein Dauer-Aufenthaltsrecht massiv reduziert.

Mit dem sogenannten „Chancen-Aufenthaltsrecht“ ebnete die Bundesregierung auch Identitätsbetrüger den Weg zum Bleiberecht. Die Voraussetzungen der Einbürgerung wurden gesenkt, das Erfordernis der „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ gestrichen, die Einbürgerung auch bei Sozialleistungsbezug erleichtert. Hiervon gehen fatale Signale aus, die in bestimmten Migrantengruppen als Signale der Schwäche unseres Staates und unserer Gesellschaft verstanden werden.

Drittens: Schließlich müssen wir die irreguläre Migration wirksam begrenzen. Die hohe Zahl der Asylsuchenden überfordert die Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten Deutschlands bei Weitem. Wir wollen die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und Migration insgesamt auf ein integrierbares Maß begrenzen.

### **Für mehr Anerkennung und Wertschätzung – Pflegende Angehörige weiter unterstützen**

Für die Pflege waren die Ampeljahre bisher verlorene Jahre. Nach allen Prognosen wird es in dieser Wahlperiode keine größeren Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen geben. Dabei bilden pflegende Angehörige das Rückgrat der pflegerischen Versorgung: Über 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf werden in den eigenen vier Wänden gepflegt. Das sind rund 4,17 Millionen Menschen, die von knapp fünf Millionen Angehörigen versorgt werden. Meistens sind es die selbst betagten Ehepartner, die Versorgungsaufgaben übernehmen.

Für diese Gruppe wollen wir das Vor-Ort Netzwerk – bestehend aus Pflegestützpunkten, Quartiersmanagement, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe – verbessern.

Über die Angebote soll besser informiert werden. Mit [unserem Antrag](#) – den wir in dieser Woche erstmals beraten – fordern wir die Bundesregierung überdies auf, den Einstieg in eine Entgeltersatzleistung/Lohnersatzleistung bei der Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit anzustreben. Wir wissen, dass dies mit hohen Kosten verbunden ist – das Ziel wollen wir aber weiter im Blick behalten.



Des Weiteren sollen die Begutachtungen durch den Medizinischen Dienst flexibilisiert und neutrale Instanzen zur Bescheidung von Widersprüchen sollen eingeführt werden. Mit unserem Antrag greifen wir zahlreiche Forderungen auf, die wir mit unserem Positionspapier „Die Pflege zukunfts-fest machen“ im letzten Oktober verabschiedet haben.

Mit [unserem Antrag](#)

### **Die Grenzkontrollen haben sich bewährt – Deutschlands Grenzen auch über die Europameisterschaft hinaus schützen**

greifen wir das aktuelle Thema der Binnen-grenzkontrollen während der Fußball-Europameisterschaft auf. Die Notwendigkeit für Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen haben die jüngsten Maßnahmen gezeigt: Seit dem 7. Juni 2024 schützt die Bundespolizei alle land-, luft-, und seeseitigen deutschen Grenzen.

In diesen drei Wochen vollstreckte die Bundespolizei an den Grenzen 603 offene Haftbefehle, stellte 85 Fahndungstreffer mit Bezügen zur politisch-motivierten Kriminalität fest, nahm 150 Schleuser fest, und stellte 4.659 unerlaubte Einreisen fest.



Wir fordern deshalb, die Notifizierung der Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so lageangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen können ohne gravierende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr durchgeführt werden – was auch ganz praktisch zeigt, dass kontrollierte Grenzen eben auch offene Grenzen bleiben. Die Bundespolizei hat hinreichende Erfahrungen, um die Kontrollen so flexibel und lageangepasst vorzunehmen, dass Auswirkungen auf die Öffentlichkeit minimiert werden.

Mit [unserem Antrag](#)

### **Landwirtschaft tatsächlich entlasten – Ampel-Versprechen umgehend umsetzen**

den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten haben, fordern wir die Bundesregierung auf, ihren eigenen Ankündigungen Taten folgen zu lassen: Die den deutschen Land- und Forstwirten von der

Koalition gegebenen Zusicherungen müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Wir forderten die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag rechtzeitig vor der parlamentarischen Sommerpause 2024 einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem insbesondere die von der Regierungskoalition deutlich erhöhte steuerliche Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe insgesamt auf ein Niveau abgesenkt wird, das dem europäischen Durchschnitt entspricht. Darüber hinaus forderten wir Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung der Liquidität sowie einen raschen und spürbaren Abbau der bürokratischen Lasten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Zudem sollte auch eine Förderung für alternative Antriebstechnologien in der Landwirtschaft sowie für alternative und nachhaltig erzeugte Kraftstoffe in Blick genommen werden.

Von der  **abgelehnt!**

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes**

Ziel dieses Gesetzesentwurfs der Bundesregierung – den wir in dieser Woche abschließend beraten haben – ist es, Schwangere vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen vor Belästigungen durch Abtreibungsgegner zu schützen. Dazu soll vor den Einrichtungen und Beratungsstellen eine Bannmeile von 100m errichtet werden. Darin soll es z.B. unzulässig sein, Schwangeren das Betreten durch bereiten eines Hindernisses absichtlich zu erschweren, der Schwangeren entgegen ihrem erkennbaren Willen durch Ansprechen die eigene Meinung zu ihrer Entscheidung über die Fortsetzung der Schwangerschaft aufzudrängen, die Schwangere zu bedrängen, einzuschüchtern oder auf andere vergleichbare Weise erheblich unter Druck zu setzen, oder

ihr Informationsmaterialien zu übergeben, wenn diese unwahre Tatsachenbehauptungen enthalten oder die Schwangere verwirren oder beunruhigen könnten.

Wir sehen diesen Gesetzentwurf sehr kritisch und haben ihn – in namentlicher Abstimmung – abgelehnt! So bestehen zunächst erhebliche Bedenken bezüglich der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen. Im Rahmen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag wurden diese von unseren Sachverständigen bestätigt. Die vorgesehenen Regelungen führen überdies zu einer unverhältnismäßig starken Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Weitere Maßnahmen des Gesetzentwurfes sind bereits nach geltendem Recht strafbar und führen zum Eingreifen von Polizei und Ordnungsbehörden vor Ort (bspw. Versperung des Zugangs zu den Einrichtungen, Beleidigungen und Nötigungen). Darüber hinaus bestätigt eine Länderabfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass es sich in Deutschland bei den Protestaktionen ausschließlich um (religiöse) Mahnwachen handelt. Das Vorkommen der in der Debatte von den Vertretern der Ampelkoalition beschriebenen Szenarien verstörender und aggressiver Protestaktionen kann nicht belegt werden – und entspringt wohl eher der ideologischen Vorstellungswelt der Ampel.

## Video der Woche



Beim Extremhochwasser auch in meinem Wahlkreis war das **THW** sofort zur Stelle und unverzichtbar.

Doch auch bei der „Stallwächterparty“ geht es nicht ohne die „Helfer in Blau“: [KLICK](#)

## Zitat der Woche

«Mein Appell richtet sich vor allem an die Bundesregierung. Hören Sie endlich auf, die Probleme in unserem Land zu beschönigen! Hören Sie auf, von Einzelfällen zu sprechen oder – wie die Bundesinnenministerin sich zitieren lässt – von „nicht gelungener sozialer Integration“!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es mit Jugendlichen und heranwachsenden Straftätern zu tun, die viel zu oft und ohne ernsthafte Konsequenzen befürchten zu müssen, immer längere Vorstrafenregister ansammeln, von denen die Schulen aus Datenschutzgründen oftmals und in der Regel überhaupt nichts wissen dürfen. Und plötzlich begehen diese Leute schwere Körperverletzungsdelikte oder gar Mord und Totschlag wie so häufig in den vergangenen Wochen. Dies alles muss jetzt endlich Konsequenzen haben.

Ich appelliere wirklich eindringlich an Sie, jetzt mit uns darüber nachzudenken, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen können. Wenn wir nicht bald etwas tun, dann zerstört dies die Grundlagen unseres gedeihlichen Zusammenlebens, auch unser Zusammenleben mit den Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die in unserem Land leben und die wir brauchen und die gleichzeitig nicht in Mithaftung genommen werden dürfen für die zunehmende Zahl an Straftaten derjenigen, die sich unserer Rechtsordnung nicht beugen, die unsere Werte nicht akzeptieren und die mit schwerster krimineller Energie sich der Ordnung unseres Landes widersetzen und die ganz offensichtlich weder integrationsfähig noch integrationswillig sind. Wir müssen jetzt endlich etwas tun.»

(Fraktionsvorsitzender **Friedrich Merz** am Mittwoch in der aktuellen Stunde zum Thema „Gewalttäter aus Parallelgesellschaften“ – die ganze Rede hier: [KLICK](#))

## Bilder der Woche

### Die traditionelle „Stallwächterparty“ der Landesvertretung Baden-Württemberg



Die Tickets sind heißbegehrt – mit 1.800 Gästen sind Haus und Garten trotzdem übervoll!



Zusammen mit Hubert Kucher, Vorsitzender Bauernverband Ostalb-Heidenheim e. V.



Das Motto der diesjährigen Stallwächterparty lautete „«Baden-Württemberg - THE AerospaceLÄND»“

Das weltweit bekannte Backnanger Satellitenkommunikations-Unternehmen TESAT gehörte mit zu den Ausstellern und Sponsoren – da musste ich natürlich meine Aufwartung machen.

Das Bild zeigt meinen Landtagskollegen Winfried Mack, die Personalchefin Nathalie Müller und CEO Thomas Reinartz.



Zusammen mit TESAT-CEO Thomas Reinartz: „Sie sind unser größter Fan, Frau Dr. Gräßle!“



Wer feiern kann, kann auch arbeiten!

Am frühen Freitagmorgen (nach der Stallwächterparty!) traf ich zusammen mit Yannick Bury und unserem Ausschussvorsitzenden Helge Braun mit Mitgliedern der „Abteilung für Haushaltsprüfung der Haushaltsarbeitskommission des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China“ zusammen.

Insbesondere wir von der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Haushalt versuchten engagiert, unsere chinesischen Gäste von den Vorzügen einer **Schuldenbremse** zu überzeugen...

## **Erinnerung**

### **Nominierungsversammlung der CDU im Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd:**

Samstag, 20. Juli 2024, um 10:30 Uhr; Stadthalle, Schießhausstraße 32, 73547 Lorch

### **Mein Mitgliedertreff in der Backnanger Bucht:**

Donnerstag, 11. Juli 2024, zwischen 17:30 und 19:00 Uhr; „Eintracht“, Gartenstraße 149, Backnang

### **Mein Mitgliedertreff im Altkreis Schwäbisch Gmünd:**

Samstag, 13. Juli 2024, zwischen 14:00 und 16:00 Uhr; WK-Büro, Rinderbacher Gasse 3, Gmünd

# Splitter aus dem Wahlkreis



Die „Bettringer Bühne“ – und alle machen mit!



Zusammen mit meinem Landtagskollegen Tim Bückner beim Dorffest in Mutlangen – wir sind das „Dynamische Duo“ 